



Protokoll

3. Sitzung des Stadtparlaments vom 17. September 2020

Ort	Rathausaal Weinfelden	
Vorsitz	Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP)	
Protokoll	Stadtschreiber Reto Marty	
Zeit	19:00 Uhr bis 21:00 Uhr	
Appell	Stadtparlament	Stadtrat
Anwesend	29	7
Entschuldigt	1	-

- Traktandenliste**
- 1 Genehmigung der Traktandenliste
 - 2 Zonenplanänderung Gaswerkstrasse, Parzellen Nrn. 424, 3963, 5094
 - 2.1 Eintreten
 - 2.2 Detailberatung
 - 2.3 Beschlussfassung
 - 3 Areal Bankstrasse, Parzelle Nr. 279, Grundsatzentscheid und Ermächtigung an den Stadtrat
 - 3.1 Eintreten
 - 3.2 Detailberatung
 - 4 Reglement über den Fonds zur Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz – Revision aufgrund der Motion «Weinfelder Förderreglement für alle»
 - 4.1 Eintreten
 - 5 Dufourstrasse, Abschnitt Verkehrssicherheitszentrum bis Brunnenwiesenstrasse, Ausbau mit Neubau Rad-/Gehweg, Kredit 570'000 Franken
 - 5.1 Eintreten
 - 5.2 Detailberatung
 - 5.3 Beschlussfassung
 - 6 Verschiedenes

Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP) begrüsst die Anwesenden: „ Ich begrüsse unsere Parlamentskolleginnen und -kollegen, unsere Stadträtinnen und Stadträte und auch die interessierten Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne. Von der Presse ist Sabrina Bächli anwesend. Herzlich willkommen. Ich hoffe, ihr habt einen schönen Sommer erlebt. Vermutlich verbrachtet auch ihr eure Ferien in der Schweiz, wie so viele andere. Das Corona Virus hat uns gezwungen unsere Urlaubstage nicht im Ausland zu verbringen und auch ich habe einmal mehr erlebt, wie viele interessante Orte und wunderschöne Landschaften es bei uns gibt, die ich noch nicht kenne. Das ist eine der positiven Auswirkungen der Pandemie und ich hoffe, dass das auch in Zukunft noch so bleibt. Gerade wir in der Ostschweiz sind nicht so stark betroffen vom Virus und ich habe mit Freude gelesen, dass sich der Tourismus bei uns erholt. Habt ihr euren 50-Franken-Gutschein auch verschenkt? Ich habe ihn der KITA gebracht, dort weiss man welche Familie ihn gut brauchen kann. Grosse Freude hatte auch die Organisation «Tischlein deck dich». Im Namen von Alexandra Beck, die diese Aktion angestossen hat, möchte ich allen, die ihr letztes Sitzungsgeld gespendet haben, herzlich danken. Wir konnten 1'800 Fr. in Form zweier Gutscheine überreichen. An einem Donnerstag im August, wenn die Leute dort Lebensmittel abholen, konnten Alexandra und ich sehen, wie gut diese Organisation arbeitet und wie bitter nötig diese unkomplizierte Hilfe ist.

An einem heissen Augustabend haben sich Reto Marty und Simon Wolfer Zeit genommen, den neuen (und auch einigen nicht mehr so neuen) Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Aufgaben der Legislative und der Exekutive zu erklären. Es war sehr lehrreich und interessant und auch wenn man meint, dass man schon alles weiss, so lernt man doch immer wieder dazu. Ich z.B. weiss jetzt, was der Unterschied zwischen «gebundenen und ungebundenen Ausgaben» ist.

Viele WEGAnerInnen sind enttäuscht, dass in diesem Jahr die wichtigste Messe abgesagt ist; zum Glück gibt es aber mit dem Marktplatzfest doch noch einen Anlass, an dem man sich treffen kann. Der Aufwand ist recht gross und ein Schutzkonzept ist erstellt. Jetzt muss nur noch das Wetter mitspielen.

Es gibt einen Rücktritt im Parlament per Ende September: Harry Jöhr ist vor 9 Jahren gewählt worden. In dieser Zeit war er dreimal als Stimmenzähler im Büro. Harry suchte nie das Rampenlicht, er gehörte zu den stillen Hintergrundarbeitern. Nun widmet er sich vermehrt seiner Familie und den Hobbies und tritt deshalb aus dem Parlament aus. Gemäss Wahlliste wird Manuel Sturzenegger den Sitz übernehmen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen beim Eintreten kurz halten und nur das Allerwichtigste sagen, damit mehr Zeit für die Detailberatung bleibt.»

1 Genehmigung der Traktandenliste

Präsidentin: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2 Zonenplanänderung Gaswerkstrasse, Parzellen Nrn. 424, 3963, 5094

Stadtrat Thomas Bornhauser begibt sich für dieses Geschäft in den Ausstand.

2.1 Eintreten

Elsi Bärlocher (SVP): Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Nina Beerli (EVP): Die Fraktionsgemeinschaft CVPI/EVPIJA ist ebenfalls für Eintreten.

Markus Schönholzer (FDP): *Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.*

Claudio Votta (SP): *Die Fraktionsgemeinschaft GP/GLP/SP hat die Botschaft genau studiert. In der Botschaft wurde ein Gestaltungsplan erwähnt, dieser war aber nicht Teil der Botschaft bzw. konnte nicht eingesehen werden. Bei künftigen Geschäften wäre es wünschenswert, dass Gestaltungspläne ebenfalls eingesehen werden könnten. Unsere Fraktion ist ebenfalls für Eintreten.*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Eintreten ist unbestritten.

2.2 Detailberatung

Marcel Preiss (GLP): *Die Botschaft der Umzonung der drei Parzellen an der Gaswerkstrasse habe ich ausgiebig studiert. Die vielen aufgeführten Argumente die dafürsprechen, haben mich vollends davon überzeugt, dass es Sinn macht, dieses Gebiet von der Arbeitszone Gewerbe AG in die Wohn – und Arbeitszone WA3 umzuzonen. Ich habe es selber erlebt wie es ist, mitten in einer Wohnzone ein handwerkliches Gewerbe auszuüben. Dies birgt einige Reibungspunkte und ist dadurch nicht immer für alle Beteiligten einfach. Ich musste mich mit vielen kleinen Sorgen auseinandersetzen. Sei das der Lärm der Maschinen zu Unzeiten oder der Lastwagenverkehr von Zulieferanten. Für den Winter gab unsere Holzfeuerung auch schon Anlass zur klagen. In der heutigen Zeit lässt sich für alles jemand finden der bereit ist, wegen Kleinigkeiten Ärger zu machen. Darum werde ich dieser Umzonung zustimmen. Dabei möchte ich es nicht unterlassen, Thomas Bornhauser ein Kompliment auszusprechen für das beabsichtigte Unterfangen den Betrieb zu zügeln. Wer heute noch den Mut hat, einen solchen Kraftakt zu vollziehen, bekommt von mir einen grossen Respekt. Dieser Umzug ist nicht nur mit vielen Kosten verbunden, es wäre auch ein Abschied nehmen von einem Stück Weinfelder Familiengeschichte (130 Jahre). Ich möchte aber an dieser Stelle noch eine kleine Ergänzung anbringen. Offensichtlich ist der Gestaltungsplan im Entwurf schon recht ausführlich erstellt und liegt nun beim DBU. Ich sehe für die Fussgänger leider nicht nur ein fehlendes Stück Trottoir von der Bannau zu der Lagerstrasse, für mich müsste mit so einer Umzonung die Chance genutzt werden, den Peter-Stamm-Weg zu verlängern und den Giessen mit einzubeziehen. Dies als Anregung. Trotzdem werde ich mit voller Überzeugung die Umzonung unterstützen.*

Reto Frei (GP): *Das Geschäft ist gut, die Änderung macht Sinn. Der Gestaltungsplan wurde aber vermisst. Das wird bemängelt. Weinfeldern erfüllt die Anforderungen bezüglich Gestaltungsplänen ja jeweils sehr gut. Deshalb könnten diese auch abgegeben werden. Die Mobilität würde auch in den Gestaltungsplan gehören, Stichworte dazu sind Carsharing, Veloabstellplätze etc. und das müsste auch in den Plan. Die Erschliessung Giessen wäre auch sehr gut, diese müsste unbedingt gemacht werden. Es müsste in den Gestaltungsplan geschrieben werden, dass der Giessen aufgewertet wird. Mit der Umzonung gibt es für den Landbesitzer einen Mehrwert. Der Besitzer könnte deshalb noch miteinbezogen werden bei dieser Erschliessung. Es könnte im Gestaltungsplan abgebildet werden. Da dies nicht gemacht wird, lehne ich das Geschäft ab. Für ein nächstes Mal müsste der Gestaltungsplan beigelegt werden, ich müsste wissen können, was da drinsteht.*

Stadtpräsident Max Vögeli: *Danke für die gute Aufnahme des Geschäfts. In der Botschaft sind die Eignung des Areals für die geplante Umzonung, die übergeordneten Ziele und auch die Erschliessung ausführlich beschrieben. Die Umzonung ist zweckmässig. Sie führt zu einer sinnvollen Neuüberbauung des Areals mit angemessener Dichte. Die öffentliche Auflage ist erfolgt. Es gingen keine Einsprachen ein. Zu den Fragen: Der Gestaltungsplan ist noch nicht rechtskräftig und kann im Entwurf nicht abgegeben werden. Bei einem bereits eingezonten Grundstück sieht das Stadtparlament den Gestaltungsplan ja auch nicht vorher. Diese Planungen sind Sache des Stadtrates. Es gibt eine öffentliche Auflage mit Einsprachemöglichkeiten. Das Giessen-Thema hat Stadtrat Engeli sicher aufgenommen. Ich danke für Ihre Zustimmung zum Geschäft.*

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

2.3 Beschlussfassung

Die Zonenplanänderung der Parzellen Nrn. 424, 3963 und 5094 von der Arbeitszone Gewerbe AG in die Wohn- und Arbeitszone wird mit 27:1 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 31 Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage.

3 Areal Bankstrasse, Parzelle Nr. 279, Grundsatzentscheid und Ermächtigung an den Stadtrat

3.1 Eintreten

Martin Müller (GP): *Seit einiger Zeit denkt der Stadtrat über die Neunutzung des Areal Bankstrasse nach. Es ist gelebte Demokratie, dass das Geschäft vorgelegt wird. Wir sind für Eintreten und werden in der Detailberatung einen Rückweisungsantrag stellen.*

Markus Rizzoll (SVP): *Die Fraktion SVP/EDU ist für Eintreten.*

Martin Brenner (FDP): *Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.*

Steven Müller (JA): *Unsere Fraktionsgemeinschaft ist ebenfalls für Eintreten. Es soll über das Geschäft diskutiert werden können.*

Stadtpräsident Max Vögeli: *Vielen Dank für das Eintreten auf dieses Geschäft.*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Eintreten ist unbestritten.

3.2 Detailberatung

Martin Müller (GP): *Die Fraktion GP/GLP/SP ist einstimmig für Rückweisung dieses Geschäfts an den Stadtrat. Folgende Gründe sind für uns ausschlaggebend: Eine Abklärung, wo die Raumbedürfnisse der Stadtverwaltung heute und in 10 Jahren stehen, hat bis heute nicht stattgefunden. Wir sind der Meinung, so eine Analyse ist nötig, bevor wir eigenes Bauland weggeben. In dieser Analyse sollen auch die von der Stadt unterstützen Körperschaften wie die Bibliothek, die Berufsbeistandschaft, das Kompetenzzentrum für Integration, das Familienzentrum und das Theaterhaus angeschaut werden. Die Raumbedürfnisse sollen möglichst auf dem eigenen Boden befriedigt werden, um laufende Kosten zu vermindern. Beim Auswahlverfahren für den Bau muss sichergestellt werden, dass das Raumbedürfnis dann an der Bankstrasse befriedigt werden kann. Mit dem vorgeschlagenen Investorenwettbewerb ist das zurzeit rechtlich nicht möglich, wie ich als Mitglied der Jury erfahren habe. In der Jury ist im Übrigen ein Bau durch die Stadt nicht traktandiert gewesen. Darum habe ich mich dort auch nicht dazu geäußert. In der letzten Interpellation zum Thema Bankstrasse ist einhellig die Meinung gewesen, dass das einheimische Gewerbe bevorzugt werden soll. Der vorgeschlagene Investorenwettbewerb hält dieses Ziel vollkommen ein. Ist es möglich, den Raumbedarf und den Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung bei einem Verkauf unter einen Hut zu bringen? Aus unserer Sicht müsste neben einem Verkauf / Baurecht eine 3. Variante geprüft werden. Die Stadt und die Körperschaften mit Raumbedarf gründen zusammen eine Genossenschaft und erstellen die Bankstrassen-Überbauung selbst. Die Körperschaften könnten mit der Höhe ihres jährliches Mietzinses*

Genossenschaftsanteile zeichnen. Sie könnten im Neubau grössere Lokale zu einem günstigeren Preis bekommen und die Stadt könnte wiederum die Beiträge an die Institutionen senken. Es könnte flexible Wohnungen gebaut und vermietet werden, bis die Stadtverwaltung eventuell zusätzliche Büros benötigt. Es ist klar, dass der Wohnungsbau nicht der Hauptzweck der Stadt ist. Unternehmerisch denken soll aber auch eine Stadt. Unser Eigenkapital beträgt über Jahre hinaus 5 Mio. Franken, das heisst, wir sind nicht auf das Geld aus dem Verkauf der Liegenschaft angewiesen. Eine Privatperson würde in dieser Situation sein Land nicht verkaufen. Jetzt ist der Zeitpunkt, um einen Marschhalt zu machen. Der Stadtrat hat zwar einige Abklärungen gemacht, die Jury hat einmal getagt, aber richtig grosse Beträge sind noch nicht ausgegeben worden. Lieber jetzt genau abwägen, als später sagen müssen, hätten wir doch an der Bankstrasse... Deshalb stelle ich folgenden **Rückweisungsantrag**: Die Botschaft ist zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückzuweisen. Die Botschaft ist mit einer Abklärung des Raumbedarfs heute und in 10 Jahren der Stadtverwaltung und von der Stadt unterstützten Organisationen wie Berufsbeistandschaft, Bibliothek, KOI, Theaterhaus usw. zu ergänzen. Der Stadtrat hat aufzuzeigen, wie bereits im Wettbewerbsverfahren sichergestellt werden kann, die in der Bedarfs- und Bedürfnisanalyse ausgewiesenen Räume von den entsprechenden Organisationen in einem Bau an der Bankstrasse kostengünstig genutzt werden können. Es wäre doch schön, wenn es an der Bankstrasse ein Bibliotheks-Kinder-Sozial-Verwaltungszentrum gäbe. Dann könnte Dave Angst auch davon singen, nicht nur vom Bounty-Museum. Aus all diesen Gründen bittet die Fraktion GP/GLP/ISP sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Martin Brenner (FDP): Gemäss der vorliegenden Botschaft hat der Stadtrat entschieden, dass das Areal einer neuen Nutzung zugeführt werden soll. Dabei ist ein Verkauf oder die Abgabe im Baurecht möglich. In der Beantwortung der Interpellation Bankstrasse vom 24. April 2018 äusserte sich der damalige Gemeinderat insofern, dass er klar der Meinung sei, dass das Areal für eigene Bedürfnisse nicht gebraucht werde. Demzufolge wurde auch die Umzonung des Areals in die Dorfzone initiiert. Da in der Botschaft keine Veränderung von Seiten des Stadtrates an der Haltung hervorgeht, ist anzunehmen, dass er daran festhält, bezüglich der Zuführung zu einer neuen Nutzung sowie dem Nichtgebrauch des Areals für eigene Bedürfnisse. Aufgrund von verschiedenen Gesprächen, Rückmeldungen und Informationen, bin ich jedoch zum Schluss gelangt, dass eine gewisse Unsicherheit betreffend Bedarf und Bedürfnissen besteht. Eine konkrete Bedarfs- und Bedürfnisabklärung bezüglich Raumbedarf der Stadt Weinfelden scheint nicht vorzuliegen, wobei einige Überlegungen und Abwägungen dazu durchaus vorhanden sind und auch schon geäussert wurden. Aufgrund der mit der Botschaft angestossenen Diskussion und auch als Basis für die Entscheidungsfindung, würde eine konkrete Bedarfs- und Bedürfnis-Analyse für den Zeitraum der nächsten 5-10 Jahre, dem aktuellen Prozess, sowie den weiteren Prozessen durchaus hilfreich sein. Die entsprechende Analyse könnte die vorliegende Botschaft ergänzen und die konkreten Überlegungen, Abwägungen, Beurteilungen und Entscheidungen des Stadtrates darlegen.

Im Verlauf des heutigen Tages, habe ich den ursprünglichen Antrag angepasst und um einen Teilauftrag an den Stadtrat ergänzt. Damit erhoffe ich mir eine breitere Abstützung meines Antrages im Rat. Somit stelle ich folgenden **Rückweisungsantrag**: Die Botschaft ist zur teilweisen Überarbeitung an den Stadtrat zurückzuweisen. Die Botschaft ist mit einer Ist-Analyse, sowie und einer Bedarfs- und Bedürfnis-Analyse bezüglich Raumbedarf der Stadt Weinfelden in den kommenden 5 bis 10 Jahren zu ergänzen. Der Stadtrat soll zusätzlich darlegen, welche Absichten er für die von der Stadt unterstützten Organisationen, wie Berufsbeistandschaft, Bibliothek, Kompetenzzentrum Integration, Theaterhaus, usw. bezüglich Raumbedarf verfolgt. Die Botschaft ist nach Möglichkeit an der nächsten Parlamentssitzung wieder vorzulegen.

Mit der Zustimmung zu diesem Rückweisungsantrag würde die Basis für die weitere Diskussion und somit auch für die fundierte Entscheidungsfindung geschaffen werden. Im Weiteren könnten damit die Unsicherheiten betreffend Bedarf und Bedürfnisse geklärt werden.

Präsidentin: Wir haben zwei Rückweisungsanträge erhalten. Die Diskussion zu diesen wird nun eröffnet. Danach werden wir die Rückweisungsanträge einander gegenüberstellen und danach wird abgestimmt, ob der obsiegende Rückweisungsantrag eine Mehrheit erhält. Die Diskussion ist auch zum Vorgehen offen.

Markus Rizzolli (SVP): Ich bin ebenfalls Mitglied der Jury und dort wurde nie etwas von selber bauen oder zusätzlicher Bedarfsabklärung gesprochen. Das wäre möglich gewesen, auch wenn es nicht auf der Traktandenliste stand. Ich bitte um Ablehnung der Rückweisungsanträge. Es sollen durch Kostenverminderung und Genossenschaft günstige Wohnungen angeboten werden können. Es geht der Stadt Weinfelden auch deshalb so gut, weil wir gute Steuerzahler haben. Die Stadt sollte sich nicht in den

Markt einmischen, in dem sie nichts verloren hat. Ich bin gegen die staatliche Schaffung von Billigwohnungen und bitte sie um Ablehnung des Antrags.

Alexandra Beck (CVP): Vielen Dank als erstes für die Ausarbeitung dieser Botschaft und auch für die Anfrage zu einem Grundsatzentscheid bezüglich der Bankstrasse. Seit der Interpellation von 2018 sind diverse Abklärungen zum Thema Bankstrasse erfolgt, dafür danke ich herzlich. Wir diskutieren nach wie vor über ein Grundstück mitten im Herzen von Weinfelden. Und dennoch sind wir im Grundsatz nicht viel weiter. Zwar liegt uns ein Vorschlag für einen Investorenwettbewerb mit Verkauf des Grundstückes oder Abgabe im Baurecht vor. Gänzlich fehlt hingegen eine transparente Bedarfsabklärung seitens der Stadt, ob allenfalls auch Eigenbedarf beziehungsweise Bedarf von Weinfelder Organisationen bestehen. Sind beispielsweise wirkliche Abklärungen getätigt, ob an dieser Lage Alterswohnungen errichtet werden könnten? Weinfelden ist eine «leicht überalterte Zentrumsgemeinde» - Alterswohnungen im Zentrum zu bauen, würde Sinn machen. Oder wie sieht der Bedarf der Regionalbibliothek aus? Solange grundlegende und vor allem auch professionelle Bedarfsabklärungen fehlen und auch öffentlich darüber informiert wurde, wehre ich mich gegen ein Abtreten dieses «Herzstücks». Ich bitte meine Parlamentskolleginnen und -kollegen aus diesem Grund: einen Rückweisungsantrag zu unterstützen. Ob eine Abklärung bis zur nächsten Parlamentssitzung möglich ist, bezweifle ich.

Simon Wolfer (CVP): Das Traktandum wurde schon mehrmals ausführlich diskutiert. Der Stadtrat und auch das Parlament beschäftigen sich schon lange mit dem Thema. Als ehemaliger Präsident der GPK möchte ich einen kleinen Rückblick machen. Die GPK wurde immer wieder durch den Stadtrat und insbesondere den Stadtpräsidenten über die Vorgehensweise des Stadtrats bezüglich Liegenschaft Bankstrasse informiert und auch befragt. Bei der letzten Diskussion im Parlament zur Interpellationsbeantwortung gab es den gemeinsamen Nenner, dass es eine städtebaulich gute Lösung geben soll, das diese via Wettbewerb ermittelt werden soll und dass Weinfelder die Möglichkeit haben sollen, sich darum zu bewerben. Ebenfalls war eine Genossenschaftslösung ein Thema und auch, Baurecht oder Verkauf. Der Stadtrat hat in der Folge einen Lösungsweg skizziert und die GPK darüber informiert. Am 11. Dezember 2018 gab ich dem Stadtpräsidenten folgende Rückmeldung: Wir haben das Traktandum Bankstrasse am Donnerstag in der Kommission besprochen. Alle Mitglieder der Kommission haben zuvor mit ihren Fraktionen Rücksprache genommen. Der Einbezug der Kommission/Fraktionen wurde rundum begrüsst und das ausgehändigte Papier mit der übersichtlichen Darstellung der Varianten mitsamt Auflistung der Überlegungen mit Vor- und Nachteilen verdankt. Wir haben die Ergebnisse gesammelt und können folgende Rückmeldung geben: Eingeladener Wettbewerb: Mit diesem Vorgehen sind alle einverstanden. Gut wäre sicherlich, wenn verschiedene Arten möglicher Interessenten eingeladen werden (auch lokale Interessenten und z. B. Wohnbaugenossenschaften). Aufgrund der städtebaulich sensiblen Lage würde die Kommission einen SIA-Wettbewerb begrüssen. Im Gemeindeparlament dürften je rund die Hälfte einen Verkauf und je rund die Hälfte ein Baurecht bevorzugen. Diesbezüglich empfiehlt die Kommission, den Entscheid noch nicht abschliessend zu fällen, sondern mit der Einladung den Interessenten soweit möglich beide Optionen anzubieten und anschliessend nach Eingang der Angebote unter Berücksichtigung der Gesamtumstände definitiv zu entscheiden. Bezüglich der Kriterien haben wir noch keine abschliessende Empfehlung. In der Kommission beziehungsweise aus den Fraktionen gab es einzelne Voten, die in verschiedene Richtungen zielten (Preis, Tiefgarage etc.). Diesbezüglich wäre es zu begrüssen, wenn der Gemeinderat die vorgesehene Ausschreibung der Kommission vorab zustellt, damit diese allfällige Ergänzungsvorschläge bei Bedarf rechtzeitig einbringen kann.

Der Stadtrat erfüllte mit seinem Vorgehen im Wesentlichen die «Vorgaben» gemäss Rückmeldung der GPK: Das Wettbewerbsverfahren ist rechtlich anspruchsvoll. Die Parameter wurden definiert. Ob Baurecht oder Verkauf war immer das Thema. Es wurde deshalb angestrebt, einen Grundsatzentscheid zu erhalten. Die Idee, dass die Stadt selber bauen könnte, kam in den letzten Wochen das erste Mal auf. Auf die Themen Bedarf und Bedürfnisse, insbesondere von anderen Institutionen wurden neu ins Spiel gebracht. Das war bislang kein Thema. Die Strategie wurde vorgegeben. Es sollte deshalb nicht plötzlich und ohne Not völlig davon abgekommen werden. Es sollte noch mehr Grundlagen geben. In der Botschaft kommen diese zu wenig raus. Den Antrag von Martin Brenner kann ich deshalb unterstützen. Es braucht eine Bedarfsanalyse, einen Ausblick, wie sind die städtischen Bedürfnisse. Die Fraktionen können dann nochmals diskutieren. Was ist die Aufgabe der Stadt, wie sieht dies aus. Was soll gemacht werden. Der Antrag Martin Müller geht mehr in die Richtung, dass selber gebaut werden soll. Gemäss Martin Brenner sollen die Resultate bald vorliegen. Es soll nicht mehr zu viel Zeit vergehen. Es soll eine Lösung gefunden werden, die umsetzbar ist.

Reto Frei (GP): Vielen Dank für die Ausführungen. Man darf auch in gewissen Entwicklungen sich selber weiterentwickeln. Wichtig ist, dass der Stopp gemacht wird. Es lohnt sich, den Bedarf und die Bedürfnisse nochmals zu erheben. Heut zu Tage wird Land nicht einfach mehr verkauft oder abgegeben. Und wenn, wird die Nutzung sicher mehr vorgegeben. Ich bitte sie deshalb, einen Antrag zu unterstützen.

Markus Schönholzer (FDP): Am 24. Mai 2018 diskutierten wir hier im Rathaussaal über die Interpellation Bankstrasse. Zahlreiche Rednerinnen und Redner äusserten damals ihre Wünsche und Bedenken bezüglich der weiteren Nutzung der Parzelle 279 an der Bankstrasse. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat zahlreiche Anliegen aus dieser Diskussion in die neue Botschaft übernommen hat. So ist ein Investorenwettbewerb auf Einladung mit Weinfelder Architekturbüros angedacht. Es werden erfüllbare Vorgaben gemacht, z. B. bezüglich Tiefgarage, gewerbliche Nutzung und Energie. Und es gibt eine Abwägung, ob die Abgabe im Baurecht oder als Verkauf abgewickelt werden soll. Was für die fundierte Entscheidungsfindung jetzt noch fehlt, sind die Überlegungen des Stadtrates bezüglich Raumbedarf der Stadt in den kommenden Jahren. Die Botschaft liefert in diesem Bereich nur wenige Informationen. Bestimmt wurden Überlegungen und Berechnungen zum Raumbedarf der Stadt angestellt. Für uns Parlamentarier sind diese jedoch nicht klar ersichtlich. Mit einer transparenten Darlegung des Raumbedarfes könnten wir aber fundiert entscheiden, was mit der Parzelle an der Bankstrasse geschehen soll. Zudem könnten spätere Diskussionen vermieden werden. Und sollte sich der Nicht-Bedarf bestätigen, könnte auch den Wünschen, wonach die Stadt selber als Investorin und Bauherrin in Erscheinung treten soll, eine Absage erteilt werden. In dem Sinne empfehle ich Ihnen, den Rückweisungsantrag von Martin Brenner zu unterstützen. Er ist ergebnisoffen und fordert nichts Weiteres als eine zusätzliche Bedarfs- und Bedürfnisabklärung bezüglich Raumbedarf der Stadt. Der weitergehende Rückweisungsantrag von Seite SP / GP / GLP, der bereits mögliche Lösungen für die Parzelle enthält, ist abzulehnen.

Steven Müller (JA): Ich stelle den **Antrag**, die Sitzung zwecks Beratung in den Fraktionen kurz zu unterbrechen.

Nina Beerli (EVP): Nach der Durchsicht des Antrags von Martin Brenner, den ich unterstütze, bei dem die Frist aber viel zu kurz ist, sollte aus meiner Sicht der Antragsteil mit der Frist herausgestrichen werden. Es braucht fundierte Abklärungen.

Martin Brenner (FDP): Bezüglich der kurz angesetzten Frist möchte ich gerne klarstellen, dass es mir nur darum geht, dass es weitergeht. Gemäss meinem Kenntnisstand ist bereits vieles vorhanden und es wurden auch bereits viele Überlegungen gemacht. Es sollte aus meiner Sicht zusätzlich eine Tabelle geben, die das darlegt. Darauf ersichtlich wären die Abwägungen, was es braucht. Das würde schon reichen. Es soll Klarheit bestehen. Es geht nicht darum, zu ermitteln, wer noch alles Bedarf hat. Der Stadtrat soll sich Gedanken gemacht haben. Es sollte nicht so lange Zeit in Anspruch nehmen müssen. In erster Linie ist es Aufgabe des Stadtrats und der muss schauen, wie es gehen könnte. Es soll eine saubere Aufstellung geben, mit dem, was alles schon vorhanden ist.

Lukas Madörin (EDU): Seit Wochen fühle ich mich unwohl. Das Geschäft Bankstrasse liegt mir sehr fest auf dem Magen. Es ist schwierig, ich habe zu diesem Thema verschiedene Herzen in der Brust. Ich bin 40 Jahre alt in diesem Jahr. Wo meine Frau herkommt, das sagt man, mit 40 wird man gescheit. Ich habe Freude an der Politik und möchte etwas bewegen. Am liebsten etwas machen an der Bankstrasse. Etwas Visionäres, einen Leuchtturm. Es wäre schön, wenn so etwas gemacht werden könnte. Auf der anderen Seite ist das Geschäft beim jetzigen Stadtrat, die Punkte, welche das Parlament vorgab wurden aufgenommen. Die Frage stellt sich für mich, ob das Geschäft nicht einer nächsten Generation Stadtrat überlassen werden sollte. Es ist wirklich ein schwieriges Thema. Nun stehen wir zwischendrin. Ich weiss auch nicht so genau, wie weitergegangen werden soll. Der Antrag Brenner geht für mich zu wenig weit. Nur eine Bedarfsanalyse geht zu wenig weit. Es sollte ein Leuchtturmprojekt geben. Die Zeit ist noch nicht ganz reif dafür. In 10 Jahren könnte etwas gerissen werden. Deshalb bin ich gegen einen Verkauf, der jetzt gemacht werden soll. Das würde eine künftige Lösung verhindern.

Adrian Caramaschi (SP): Ist das Vorgehen mit der Gegenüberstellung der Rückweisungsanträge so zwingend? In der ersten Abstimmung wird erst gestimmt, über welchen Rückweisungsantrag danach abgestimmt wird. Der Rückweisungsantrag könnte dann immer noch bachab geschickt werden.

Martin Müller (GP): Um das Verfahren etwas zu vereinfachen, ziehe ich meinen Rückweisungsantrag zurück. Beide Anträge sind nahe beieinander. Es soll eine gute Lösung geben. Es muss auch keinen Sitzungsunterbruch geben dafür. Etwas Visionäres wäre nicht nur der Wunsch von Lukas, sondern auch von uns. Es soll nochmals eine Auslegeordnung gemacht werden.

Stadtpräsident Max Vögeli: Die Rückweisungsanträge überraschen mich sehr, vor allem zu diesem Zeitpunkt. Einer ist nun soeben zurückgezogen worden. Die Debatte zur Interpellation am 24. August 2018 sollte für das weitere Vorgehen eine wichtige Standortbestimmung für den Stadtrat sein. Die Ideen und Meinungen liefen aber bereits damals in viele verschiedene Richtungen. Was klar war, die Weinfelder Unternehmer können das selber. Ein Wettbewerb war ebenfalls mehrfach genannt. Wir haben dann den Investorenwettbewerb aufgelegt. Simon Wolfer hat dazu bereits alles gesagt. Es wurde zu keinem Zeitpunkt je erwähnt, dass die Stadt als Bauherrin für regionale Organisationen ein Verwaltungsgebäude und/oder Wohnungen erstellen soll. Zuerst zur Bedarfsabklärung seitens der Stadt: Eine Bedarfs- und Bedürfnisanalyse der Räumlichkeiten der Stadtverwaltung ist eine Führungsaufgabe und wird dauernd gemacht. Ich habe auch die GPK jedes Jahr im Zusammenhang mit dem Budget über die Arbeitsplatzsituation informiert und eine Statistik mit der Entwicklung sämtlicher Stellen der Stadt abgegeben. Was ist von 1999 bis 2019 passiert: Es sind gesetzliche Aufgaben weggefallen. Es hat neue gesetzliche Aufgaben gegeben. Es hat zusätzliche Bedürfnisse gegeben, die umgesetzt wurden. Das Bevölkerungswachstum betrug rund 2'000 Einwohner. Wie sieht es in der Verwaltung im Rathaus und den drei Häusern an der Frauenfelderstrasse aus? Anzahl Stellen: 1999: 35,8 / 2019: 33,7 / d.h. minus 2,1 Stellen. Ausgelagert wurde die Regionale Berufsbeistandschaft mit Berg, Birwinken und Bürglen total 7 Stellen, davon die Hälfte (3,5 Stellen) für Weinfelden, d.h. insgesamt über die gesamte Verwaltung plus 1,4 Stellen in den letzten 20 Jahren. Und noch ein Vergleich mit der Anzahl Personen, die in diesen vier Häusern arbeiten. 1999: 40 Personen / 2019: 41 Personen. Heute sind es natürlich mehr Teilzeitbeschäftigte. Was bringen die nächsten 10 – 15 Jahre? Es werden gesetzliche Aufgaben weggefallen. Es werden neue gesetzliche Aufgaben dazukommen. Es werden zusätzliche neue Bedürfnisse definiert und umgesetzt. Die Digitalisierung wird weiter fortschreiten. Die Bevölkerung wird auch in dieser Zeitspanne weiter wachsen. Alles andere ist Kaffee-Satz lesen.

Wir haben wie vor 20 Jahren immer noch genügend Reserveflächen, um zusätzliche Bedürfnisse abzudecken. Ich sage ihnen das heute, mit einer Erfahrung von 19 Jahren Gemeindeführung. Ich habe aber immer mehr das Gefühl, dass Bedarfsanalysen nur dann etwas zählen, wenn sie von Zürcher Beratungsfirmen erstellt werden und mehrere tausend Franken kosten. Zu den anderen erwähnten Organisationen mit regionaler Ausrichtung:

Familienzentrum: Einen idealeren Standort mit diesem grossen Garten gibt es in Weinfelden gar nicht. Der Verein hat auch vor kurzem in Spielgeräte investiert.

KOI: Diese Institution ist in Bahnhofsnähe ebenfalls sehr gut untergebracht. Die Stadt ist nur eine der 12 Mitgliedsgemeinden.

BBRW: Bestehend aus Weinfelden und 3 Nachbargemeinden. Hier gibt es allenfalls Handlungsbedarf. Die Abklärungen laufen schon länger. Das schliesst aber nicht aus, dass diese Büros sich - falls gewünscht - an der Bankstrasse einmieten könnten. Nur so nebenbei: Die Berufsbeistandschaft war schon beim abgelehnten Projekt 2018 als Mieterin vorgesehen.

Bibliothek: Nach dem Umbau ist diese Organisation zum zweiten Mal im Etter-Egloff-Haus eingezogen. Es ist in meinen Augen ein optimaler Standort.

Zusammengefasst. Für diese Organisationen ist nicht die Stadt Weinfelden zuständig. Eine Bedarfsabklärung ist Sache der Organisationen selbst. Es gibt bei diesen Organisationen auch keinen inneren Zusammenhang oder Synergien, die einen gemeinsamen Standort rechtfertigen würden. Ich muss einfach sagen: Hier will man ein Feld öffnen, für das die Stadt nicht zuständig ist und auch kein Handlungsbedarf auszumachen ist. Auch das Thema der Wohnungen haben dies anlässlich der Interpellationsbeantwortung «Förderung gemeinnütziger Wohnraum in Weinfelden» ausführlich diskutiert. Ich muss mich nicht wiederholen, aber das Fazit des Stadtrates vor einem Jahr war das gleiche wie heute: «Der Wohnungsmarkt in Weinfelden funktioniert gut». Es stehen für alle Einkommensklassen genügend attraktiver Wohnraum zur Verfügung. Es entstehen aktuell und in den nächsten Jahren – Kenntnisstand heute – rund 320 Wohneinheiten. Überlassen wir den Wohnungsbau dem privaten Markt. Heute sind übrigens alle neuen Wohnungen altersgerecht. Ich komme zum Schluss und muss Ihnen sagen, ich bin enttäuscht. Seit der Diskussion vor zwei Jahren habe ich Ihren Rat und auch die GPK mehrmals informiert, dass wir einen Investorenwettbewerb vorbereiten und nun auch bereits an der Arbeit sind (der GPK habe ich den Zeitplan sogar schriftlich abgegeben). Und nun kommt man wie die alte Fasnacht und will plötzlich, dass die Stadt Büros und/oder Wohnungen selber baut

und ein günstiges Mietobjekt realisieren soll. Auch eine völlig überflüssige Bedarfsabklärung wird nun sofort gefordert. Ich bitte Sie, den verbleibenden Rückweisungsantrag abzulehnen.

Steven Müller (JA): Ich halte an meinem **Antrag** fest und beantrage, die Sitzung zwecks Beratung in der Fraktion kurz zu unterbrechen.

Abstimmung:

Der Antrag Steven Müller auf Sitzungsunterbrechung wird mit 21:6 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird um 20.10 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Nina Beerli (EVP): Ich stelle **keinen Antrag** zur Teilstreichung innerhalb des Rückweisungsantrags Brenner.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung Rückweisungsantrag:

Der Rückweisungsantrag mit folgendem Wortlaut:

Die Botschaft ist zur teilweisen Überarbeitung an den Stadtrat zurückzuweisen. Die Botschaft ist mit einer Ist-Analyse, sowie und einer Bedarfs- und Bedürfnis-Analyse bezüglich Raumbedarf der Stadt Weinfelden in den kommenden 5 bis 10 Jahren zu ergänzen. Der Stadtrat soll zusätzlich darlegen, welche Absichten er für die von der Stadt unterstützen Organisationen, wie Berufsbeistandschaft, Bibliothek, Kompetenzzentrum Integration, Theaterhaus, usw. bezüglich Raumbedarf verfolgt. Die Botschaft ist nach Möglichkeit an der nächsten Parlamentssitzung wieder vorzulegen.

wird mit 22:7 Stimmen angenommen.

Das Geschäft geht somit zur Überarbeitung zurück an den Stadtrat.

4 Reglement über den Fonds zur Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz – Revision aufgrund der Motion «Weinfelder Förderreglement für alle»

4.1 Eintreten

Präsidentin: Das Büro des Stadtparlaments beantragt die Einsetzung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern. Die Diskussion zum Antrag des Büros und zum Eintreten ist offen.

Reto Frei (GP): Die Fraktion GP/GLP/SP ist für Eintreten.

Philipp Portmann (CVP): Die Fraktion CVP/EVP/JA ist ebenfalls für Eintreten.

Lukas Madörin (EDU): Die Fraktion SVPI/EDU ist einstimmig für Eintreten.

Markus Schönholzer (FDP): Die FDP-Fraktion ist ebenfalls einstimmig für Eintreten.

Eintreten ist unbestritten, die Diskussion zum Antrag des Büros zur Bildung einer Spezialkommission wird nicht weiter benutzt.

Abstimmung:

Dem Antrag des Büros zur Bildung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern wird mit 24:1 Stimmen zugestimmt.

Damit geht das Geschäft zur Beratung an die Spezialkommission.

(Nachtrag: Das Büro hat nach der Sitzung des Stadtparlaments folgende Kommissionsmitglieder gewählt: Reto Frei (GP), Präsident, Elsi Bärlocher (SVP), Lukas Madörin (EDU), Petra Merz (JA), Martin Müller (GP), Markus Schönholzer (FDP), Michael Wiesli (CVP), Stadtrat Thomas Bornhauser (ohne Stimmrecht), Martin Belz, Chef Bauamt (ohne Stimmrecht), Jeannette Kies, Bauamt, Aktuariat (ohne Stimmrecht))

5 Dufourstrasse, Abschnitt Verkehrssicherheitszentrum bis Brunnenwiesenstrasse, Ausbau mit Neubau Rad-/Gehweg, Kredit 570'000 Franken

Stadtparlamentarier Markus Rizzolli begibt sich für dieses Geschäft in den Ausstand.

5.1 Eintreten

Marcel Knuip (SVP): *Vielen Dank für die Botschaft. Die Fraktion SVP/EDU hat sie diskutiert und ist für Eintreten.*

Simone Brunschweiler (FDP): *Auch die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Beim diesem Ausbau handelt es sich um eine Aufgabe aus dem Gestaltungsplan 2013.*

Petra Merz (JA): *Unsere Fraktion ist ebenfalls für Eintreten.*

Matthias Riggensbach (GLP): *Auch unsere Fraktion GP/GLP/SP ist für Eintreten. Schön, dass es im Gewerbegebiet so gut ausgebaute Velowege geben soll.*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Eintreten ist unbestritten.

5.2 Detailberatung

Fritz Streuli (SP): *Eigentlich wollte ich bei diesem Traktandum einen Antrag auf Nichteintreten stellen. Dies aus der Überzeugung heraus, dass es der falsche Zeitpunkt ist, die Sanierung jetzt zu machen, wenn nachher noch weitere Bauvorhaben entlang der Strasse realisiert werden. Ich rufe hier auch die Sanierung der Schützenstrasse in Erinnerung. Damals wurde gesagt, die Sanierung werde nicht vor der Fertigstellung der Bauten BBZ gemacht. Die Notwendigkeit der Sanierung der Strassenzüge wird gar nicht angezweifelt. Nach Gesprächen mit Stadtrat Daniel Engeli und dem Bauamt kam ich nun aber zur Überzeugung, dass die Sanierung vor Bebauung durchaus Sinn macht. Es stellte sich mir auch die Frage, ob der Ausbau der Strasse in diesem Umfang erfolgen muss. Es gibt aber einen Gestaltungsplan, der den Ausbau so vorsieht und der eingehalten werden muss. Der Plan ist behördenverbindlich. Ich verzichte aus diesem Grund auch auf einen Kürzungsantrag. Es gibt also gar keinen Antrag. Ich habe aber die Anregung an den Stadtrat, dass bitte künftig geschaut wird, dass der Ausbaustandard für Rad und Fusswege auch den Bedürfnissen entsprechen. Bei der Schlechtenmühlestrasse sind die Langsamverkehrswege einfach überdimensioniert.*

Adrian Caramaschi (SP): *Bei diesem Antrag geht es um sehr viel Geld, um 1.3 Mio. Franken insgesamt. Für eine Nebenstrasse ist das sehr viel Geld. Die Strasse wurde beschädigt, wegen falschem Gebrauch. Meiner Meinung nach kann die Sanierung aber günstiger gemacht werden. Man kann die Breite der Strasse so belassen und dafür das Stück bis zur Kreuzung mit der Zelglistrasse als Einbahnstrasse Richtung Westen machen. Die von Westen kommenden können dann die Brunnenwiesenstrasse benutzen. Deshalb bitte ich euch diesen Antrag abzulehnen und so dem Stadtrat die Chance zu geben, viel Geld zu sparen. Ich finde auch in diesem Parlament wo nur lokale Entscheidungen getroffen werden, sollte stets auch die globale*

Klimakrise im Auge behalten werden. Vielleicht denken viele von euch, dass wir sowieso zu klein sind um etwas zu bewirken. Das ist genau das Problem, dass zu viele so denken.

Marcel Preiss (GLP): Erneut gelangt ein Strassenbauprojekt an uns. Nach Prüfung der Unterlagen habe ich mir schon meine Gedanken gemacht ob es jetzt Sinn macht, zur heutigen Zeit eine Strasse zu bauen die doch stolze 1.3 Mio. Franken kosten soll. Doch zur genaueren Abklärung begab ich mich vor Ort, um mir ein Bild der bestehenden Situation zu machen. Ich brauchte keine 10 Minuten, um mir eine abschliessende Meinung zu bilden. 1. Die bestehende Strasse ist in einem miserablen Zustand. 2. Was mich aber noch mehr bewegte, waren die vielen Lastwagen, die über die Schlechtemühlestrasse in die Dufourstrasse einbogen und dem restlichen Verkehr dadurch keine Chance gaben auszuweichen. Somit ist für mich der Nachweis erbracht, dass es sinnvoll ist, diese 305 Meter Strasse mit dem Trottoir zu erstellen. Auch mit dem Wissen, dass demnächst angrenzende Grundstücke überbaut werden und somit der Verkehr noch mehr zunehmen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte euch dieses Strassenprojekt, das uns schlussendlich Fr. 570'000.00 kosten wird, zu unterstützen, indem wir dem Kredit zustimmen.

Stadtrat Daniel Engeli: Vielen Dank für die gute Aufnahme des Geschäfts. Marcel Preiss hat es auf den Punkt gebracht: die Strasse ist in einem sehr schlechten Zustand und muss saniert werden. Dieser Abschnitt bildet den Abschluss im Industriegebiet Zelgli. Der Ausbau mit Fuss- und Radweg soll nun erfolgen. Vielen Dank für das Eintreten und die gute Aufnahme.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

5.3 Beschlussfassung

1. Der Kredit von Fr. 570'000.00 für die Sanierung der Dufourstrasse, Abschnitt Verkehrssicherheitszentrum bis Brunnenwiesenstrasse – Ausbau mit Neubau Rad-/Gehweg wird mit 23:3 Stimmen genehmigt.

6 Verschiedenes

Interpellation Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr Weinfelden

Präsidentin: Zuerst eine Information: Die Interpellation Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden kann erst im Dezember 2020 beantwortet bzw. diskutiert werden. Das Amt für Sicherheit hatte mit der Bewältigung verschiedenster Arbeiten bezüglich Corona-Pandemie viel Arbeit und musste die Beantwortung der Interpellation aus diesem Grund etwas zurückstellen.

Mündliche Anfragen

Alexandra Beck (CVP) mündliche Anfrage zum Thema Corona in Weinfelden:

Seit Ende Februar beeinflusst das Coronavirus die ganze Welt. Ich möchte mich auf diesem Wege bei euch mit einer mündlichen Anfrage erkundigen, wie der aktuelle Stand in Weinfelden im Umgang mit dem Coronavirus ist.

Ganz konkret interessieren mich folgende Fragen:

- *Wie läuft es in der Stadtverwaltung bzw. in der ganzen Stadt Weinfelden mit dem Umgang mit dem Coronavirus im Allgemeinen?*
- *Wie viele Einwohner/innen sind zur Zeit positiv getestet und in Isolation? In Quarantäne?*
- *Welchen Herausforderungen musste sich die Stadt Weinfelden in den vergangenen Monaten im Umgang mit dem Coronavirus stellen? Was war anders wie sonst? Welche Auswirkungen hatte das Coronavirus ganz konkret auf die Stadtverwaltung?*

- Sind bereits präventiv vor dem Winter gewisse Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Herausforderungen in der Stadtverwaltung/Stadt Weinfelden geplant?
- Wie viele Vereine/Organisationen/Firmen/Einzelpersonen haben sich bei der Stadt gemeldet, weil sie in finanzielle Not kommen wegen dem Coronavirus?
- In der Thurgauerzeitung vom Samstag konnten wir lesen, dass diverse Ostschweizer Gemeinden und Kantone mit einem Steuerausfall rechnen müssen. Ist in der Stadt Weinfelden ebenfalls bereits eine Tendenz ersichtlich?

Stadtpräsident Max Vögeli: Wir haben an der letzten Sitzung ausführlich über Corona berichtet und eine Botschaft dazu abgegeben. Der Stadtrat verfolgt die Entwicklung der Pandemie und die Beschlüsse von Bund und Kanton laufend. Falls neue Massnahmen nötig sind, wird in Absprache mit der Taskforce entschieden und die Bevölkerung informiert. Die Zahlen der betroffenen Personen je Gemeinde sind nicht öffentlich. Das hat der Kanton so verfügt. Wir haben einige wenige Gesuche gehabt (drei Vereine und ein Betrieb), die beantwortet sind. Finanzielle Unterstützungen wurden durch uns abgelehnt. Bei den gewerblichen Mietliegenschaften warten wir den Entscheid auf Bundesebene noch ab. Wie es bezüglich Steuern aussieht, werden wir im Zusammenhang mit dem Budget 2021 präsentieren können.

Simon Wolfer (CVP) mündliche Anfrage zum Thema Überarbeitung Parkplatzreglement:

Am 21. Juni 1984 erliess der Grosse Gemeinderat der Munizipalgemeinde Weinfelden das Reglement über die Abstellplätze und für Fahrzeuge (Parkplatzreglement). Dieses enthält insbesondere Vorgaben für die Erstellung von Parkplätzen für Ein- und Mehrfamilienhäuser wie auch für das Gewerbe, einschliesslich Gastronomie- oder Hotelleriebetriebe. Das Parkplatzreglement ist mittlerweile mehr als 35 Jahre alt. Seit dessen Erlass sind die kantonalen und kommunalen Bauvorschriften mehrfach revidiert worden, in Weinfelden insbesondere kürzlich die Richt- und Zonenplanung sowie das Baureglement. Die Mobilität der Bevölkerung wandelt sich stetig; das Konzept Langsamverkehr wird allmählich umgesetzt. Bund, Kanton und Stadt verlangen – gerade in Zentrumsgemeinden – ein verdichtetes Bauen, das Eigentümer und Betriebe – auch mit Blick auf die Parkplatzsituation – vor neue Herausforderungen stellt. In den Legislaturzielen 2019 – 2023 der Stadt steht, dass die weiteren Instrumente der Ortsplanung – insbesondere die Schutzpläne, aber auch Reglemente im Bereich Planung/Bau – überarbeitet würden. In diesem Zusammenhang richte ich an den Stadtrat die folgenden Fragen:

- Ist eine Revision des Parkplatzreglements von den Legislaturzielen 2019-2023 mitumfasst?
- Sieht der Stadtrat diesbezüglich ein Bedürfnis nach einer baldigen Revision? Falls nein, weshalb nicht? Falls ja, wann ist mit einer Botschaft an das Stadtparlament zu rechnen?

Stadtpräsident Max Vögeli: Wir sind tatsächlich an der Arbeit. Die Kommission Orts- und Zonenplanung hat an ihrer Sitzung vom 8. September 2020 den Fahrplan festgelegt. Es soll ein Paket mit vier Reglementen ans Stadtparlament geben. Dieses umfasst: das Gebührenreglement Bau, das Reglement über die Abstellplätze für Fahrzeuge (Parkplatzreglement), das Beitragsreglement Verkehrsanlagen und Planung sowie das Reklamereglement. Die Vorprüfungen beim Kanton und Preisüberwacher sind zeitlich absolut nicht abschätzbar. Ich rechne frühestens im März 2021 mit der Botschaft ans Parlament.

Reto Frei (GP) mündliche Anfrage zum Thema Geschwindigkeitsmessenanlage «Speedy»

Die Geschwindigkeitsmessenanlage «Speedy» verfügt über eine Radaranlage mit Geschwindigkeitsanzeige: Der Speedy zeigt auf dem Display die gefahrene Geschwindigkeit an. Diese wird gespeichert zusammen mit dem Datum und der Uhrzeit. Die Kontrollschilder werden nicht gespeichert. Die Messung und die Auswertung haben einen präventiven Charakter. Auf der Auswertung sind die Anzahl Messungen und die gefahrenen Geschwindigkeiten ersichtlich. So viel ich weiss, hat die Stadt ein oder zwei Speedys. Seit längerer Zeit sehe ich keinen im Einsatz.

- Hat die Stadt Speedys oder werden Solche gemietet?
- Wer koordiniert den Einsatz der Speedys?
- Werden die gemessenen Daten ausgewertet und von wem?
- Wie ist die Fachkommission «Kommission Langsamverkehr» eingebunden in Einsatzplanung und Auswertung?
- Können die Auswertung von den Anwohnern/innen eingesehen werden? Wenn nein warum nicht?
- An einer Besprechung vom 8. August 2020 zum Fall Magdenastrasse, hat Hans Eschenmoser als Sofortmassnahme zugesichert, dass ein Speedy aufgestellt wird, das ist bis heute nicht erfolgt. Warum?

Stadtrat Hans Eschenmoser: Vielen Dank für die Fragen, die ich gerne wie folgt beantworte:

- Die Stadt hat zwei eigene Speedys.
- Das Amt für Sicherheit koordiniert die Speedys.
- Eine Auswertung erfolgt und es gibt ein standardisiertes Protokoll. Das Amt für Sicherheit ist dafür zuständig.
- Die Fachkommission ist nicht eingebunden, es handelt sich um Messungen im Bereich des motorisierten Verkehrs.
- Die Auswertungen können angesehen werden, das ist möglich. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Messungen ein etwas anderes Bild geben, da sie sichtbar sind und deshalb nicht ganz verglichen werden können mit verdeckten Messungen.
- Die Aufstellung des Speedys wurde in Auftrag gegeben. Es wird nun geschaut, dass es bald gemacht werden wird. Es gab verschiedene andere Themen, die prioritär behandelt wurden. Es ist allgemein ein Vorhaben, dass die Speedys mehr aufgestellt werden. Und auch diese Anfrage gibt einen An Schub, dass es mehr gemacht wird. Der Speedy an der Magdenastrasse wird noch im September 2020 aufgehängt.

Termine

Präsidentin: Der nächste Informationsabend zum Thema Raumplanung findet am 24. September 2020 um 19.30 h hier im Saal statt. Martin Belz führt durch den Abend. Es sind noch Plätze frei. Der dritte Abend zum Thema Finanzen ist am 21. Oktober 2020 und Erwin Wagner macht dann seine Erfahrungsschatztruhe auf. Interessierte können sich gerne noch bei der Stadtkanzlei melden.

Mein zweites Offenes Ohr im Café Famos ist am Samstag, 28. November 2020 von 10.00 – 12.00 Uhr.

Bitte reserviert euch auch folgendes Datum: Das ParlamentarierInnen-Treffen in Kreuzlingen findet am Dienstag, 8. Juni 2021 ab 15.30 Uhr statt.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsidentin

Der Vizepräsident

Claudia Bieg

Beat Brüllmann

Der Stimmenzähler

Die Stimmenzählerin

Marcel Knuip

Marianne Scherrer

Der Stadtschreiber

Reto Marty